



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 2/26 (Nr.49) am 6. Januar 2026

Einladung zum Neujahrsempfang:

Prosche Neijohr

ver.di im Saarbrücker Schloss. So wie in den Vorjahren, so lädt die Gewerkschaft ver.di am Donnerstag, 22. Januar 2026 ab 16.30 Uhr, zum traditionellen Neujahrsempfang ins Saarbrücker Schloss. Lasst uns gemeinsam auf das neue Jahr anstoßen. Es liegen wichtige Aufgaben und Ereignisse vor uns.

Einen guten Start ins neue Jahr wünscht ver.di allen Leserinnen und Leser dieses Rundbriefes. Im März

wird ver.di 25 Jahre alt. Unser Ortsverein besteht nun seit drei Jahren, zum 48. Mal erscheint unser Rundbrief. Lass uns darauf anstoßen und auch unsere nächsten Aufgaben beraten und besprechen.



Gewerkschaftler*innen im Schloss:
Unser Foto wurde beim ver.di-Neujahrsempfang letztes Jahr aufgenommen.

ACHTUNG

ver.di sagt die geplante Veranstaltung mit Carina Webel am Donnerstag, 8.1.26, ab. Die angekündigte Wetterlage für Donnerstag lässt Glatteis erwarten. Die Veranstaltung wird am **Mittwoch, 11.2.26 um 18 Uhr** im ver.di-Haus statt. Am 12.2. (Weiberfasching) findet kein Treffen statt.

Traurig

Kollegin Eva Merkel ist verstorben

Am 13. Dezember verstarb unsere Kollegin Eva Merkel. Die am 3. November 1952 Geborene war regelmäßige Teilnehmerin an den Veranstaltungen unseres Ortsvereins. Sie nahm besonders gerne an unseren Aktivitäten zum Ostermarsch und am Antikriegstag teil. Auch die Teilnahme an den 1. Mai-Demonstrationen war für sie eine Selbstverständlichkeit.



Eva stand in der Tradition ihre Großeltern und Eltern im antifaschistischen Kampf. Ihre Großmutter war die Ehefrau des Karl Merkels, des Kämpfers der Internationalen Brigaden in Spanien, der in der Schlacht von Brunete gefallen war. Die Großmutter war in der Résistance aktiv und hat sich im Saarland im Kampf für Frieden und Frauenrechte einen Namen gemacht und erhielt 1988 den Saarländischen Verdienstorden. Ihr Vater Heinz Merkel war ein bekannter Tierschützer. Als junger Kommunist erlangte er Berühmtheit als er mit anderen Gewerkschaftern auf der 1. Mai-Demonstration 1950 neben der roten auch die schwarz-rot-goldene Fahne schwenkte. Er wurde dafür zu einem Jahr Gefängnis, in der 2. Instanz zu einem halben Jahr, verurteilt.

Eva Merkel war bis zuletzt Mitglied im Vorstand der VVN-BdA Landesvereinigung Saar. Wir haben eine aufrechte Kollegin verloren. Unsere Anteilnahme gehört ihrer Tochter und allen Angehörigen.

Die Trauerfeier findet am 16. Januar um 13.30 Uhr auf dem Friedhof St. Johann in Saarbrücken statt.



Rentenpolitik:

Arm und alt

Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner, die in der Armutsfalle hängen, ist von 19,8 Prozent im Jahr 2022 auf 20,6 Prozent 2023 und 21,2 Prozent 2024 gestiegen. Das teilt das Statistische Bundesamt mit.

Ein Muster dabei: Frauen tragen im Alter ein erheblich höheres Armutsrisiko als Männer – und die Kluft wächst. 2024 waren 2,27 Millionen Rentnerinnen armutsgefährdet, also fast jede vierte. Bei den Männern traf es 1,48 Millionen und damit knapp ein Fünftel.

Wer gilt als armutsgefährdet? Personen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung erhalten. So definiert es die EU. Das Statistikamt spricht von Ausgrenzungsgefährdung, sobald einer von drei Punkten zutrifft: Das Einkommen liegt unter dieser Schwelle, es fehlen wichtige materielle oder soziale Güter, oder die Betroffenen leben in einem Haushalt, in dem kaum jemand erwerbstätig ist.

Bis 2031 steigt das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre. Wer 45 Beitragsjahre vorweisen kann, darf früher in den Ruhestand gehen – unter Umständen abschlagsfrei. Allerdings liegt das Rentenniveau bei 48 Prozent – und damit rund zehn Prozentpunkte unter dem EU-Schnitt. Ruhegeld also, das nicht beruhen kann. Deshalb wohl auch der Köder der sogenannten Aktivrente, einem steuerfreien Zusatzverdienst von bis zu 2.000 Euro.

Der CDU-nahe Wirtschaftsrat fordert, dass das Renteneintrittsalter über das 67. Lebensjahr hinaus erhöht werden müsse. Ferner fordern sie „den Aufbau eines Kapitalstocks zur Altersvorsorge und die Beteiligung der Rentnergeneration an den Lasten der Bevölkerungsalterung“. Damit könne die Alterssicherung zukunftsfest gemacht werden.

Das ist Blödsinn, denn zahlreiche Beschäftigte erreichen schon jetzt nicht das reguläre Rentenalter. Sie sind aufgrund von Unfall, Krankheit oder Behinderung erwerbsgemindert. Müssen die Beschäftigten künftig länger malochen, werden noch mehr von ihnen in die Erwerbsminderung gedrängt – mit entsprechend steigenden Armutsrisiken.

Das weiß auch Anja Piel vom DGB. Ein höheres Rentenalter wäre nichts anderes als eine Rentenkürzung durch die Hintertür, erklärte das DGB-Vorstandsmitglied. Schlimmer noch, Menschen mit langen Erwerbsbiographien und harten Arbeitsbedingungen würden deutlich früher sterben als der Durchschnitt. Wer jahrzehntelang körperlich schuftet, hat kaum Chancen, gesund alt zu werden.

Aber unabhängig von den Fakten werden alte Menschen zur Zielscheibe von Kürzungsdebatten gemacht. Dabei versucht man dann noch Alt gegen jung auszuspielen.

BSW-Kocher Fabio De Masi machte die Zusammenhänge deutlich als er feststellte: „Wir rüsten uns zu Tode, statt Produktivität zu sichern und das Rentensystem zu stabilisieren.“

Aktuell machen die Aussichten uns wenig Hoffnung. Das Motto lautet wohl: Ackern bis zum Umfallen.

ver.di-Senioren fordern Aktivitäten gegen Kriegspolitik und Militarisierung

Die ver.di-Senioren fordern von ihrer Gewerkschaftsführung, gegen die Kriegspolitik der Regierung, gegen Militarisierung und Rüstungswahn Stellung zu beziehen. Der Bundesvorstand der ver.di-Seniorinnen und -Senioren fasste einstimmig einen entsprechenden Beschluss, den wir an dieser Stelle dokumentieren.

„Wir fordern den ver.di-Bundesvorstand und den ver.di Gewerkschaftsrat auf, deutlich stärker als bisher friedenspolitische Aktivitäten im Sinne des beschlossenen Antrages E 084 aus dem Bundeskongress 2023 zu ergreifen („Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“).

Wir fordern insbesondere:

- Auf nationaler Ebene deutlich klarer als seit September 2023 eine friedenspolitisch orientierte Haltung zu zeigen und in diesem Zusammenhang Gespräche mit der Bundesregierung und den Spitzen der demokratischen Parteien im Bundestag zu führen, in denen die Notwendigkeit von Friedenspolitik dargestellt und entsprechende politische und diplomatische Initiativen eingefordert werden. Die Bundesrepublik sollte vor dem Hintergrund ihrer eigenen Geschichte vorrangig die friedenspolitische Führung in Europa übernehmen, statt zur Drehscheibe von Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit zu werden. Keine Angriffswaffen aufrüsten – Verteidigungsfähigkeit ist genug!
- Auf europäischer Ebene eine friedenspolitische Koalition mit anderen europäischen Gewerkschaften zu schaffen, um gemeinsam Gespräche mit der Europäischen Kommission und den demokratischen Fraktionen im Europaparlament über die Notwendigkeit von friedenspolitischen Maßnahmen mit der Zielsetzung „Keine Angriffswaffen aufrüsten – Verteidigungsfähigkeit ist genug!“ zu führen.
- Auf nationaler und europäischer Ebene, im Verbund mit den anderen europäischen Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund, friedenspolitische Demonstrationen, Tagungen und Konferenzen zu initiieren und selbst zu veranstalten. Der friedenspolitische Dialog und Diskurs müssen deutlich stärker belebt werden. Dafür wird von ver.di noch zu wenig getan.“

In der Begründung zum Antrag heißt es:

„Wir Gewerkschaften sind spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein elementarer und deshalb wichtiger Bestandteil der Friedensbewegung. Das ist auch eine Lehre aus unseren friedenspolitischen Versäumnissen im Umfeld zweier Weltkriege. Die Stärkung der Friedensbewegung ist heute dringender nötig als je zuvor. Aus unserem Selbstverständnis heraus können wir uns erst recht nicht nach zwei Weltkriegen auf eine Seite des Krieges stellen, sondern immer nur gegen Krieg, für Deeskalation, Entspannung, Kooperation und Frieden zwischen den

Völkern. Auch in der UN-Charta ist festgelegt, dass Gewalt kein Mittel der Politik zwischen den Staaten mehr sein darf. Wir brauchen jetzt dringend eine Zeitenwende zu Diplomatie. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Kriegstüchtigkeit, grenzenlose Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft sind uns zuwider und waren niemals im Interesse der arbeitenden Menschen, die schon viel zu oft und viel zu viel für die Interessen des Kapitals geblutet haben. Unsere Stärke sind nicht Konkurrenzfähigkeit und Konfrontation, sondern die Solidarität. Wir brauchen mehr demokratische Rechte, um weiteren Sozialabbau zu verhindern und unsere sozialen und politischen Interessen für ein besseres Leben durchzusetzen. Damit können wir nur vorankommen und die nötigen Finanzmittel für Bildung, Gesundheit, Renten, Kultur und Infrastruktur erhalten, wenn wir uns jetzt entschieden gegen Krieg, Aufrüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft stellen.“

Save the date:

Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg

21. Juni 2026

Gewerkschaftliche Friedensfahrt mit dem Bus nach Metz und Boulay

Besichtigung Sonderlager Feste-Goeben

Dort Kundgebung am
Denkmal des Widerstandes

Freundschaftspicknick
der Internationalen Solidarität

Besichtigung des Gedenkortes Ban-Saint-Jean mit Führung

Internationale Kundgebung an der Style du Ban Saint Jean:

85. Jahrestag des Überfalls auf die SU:
Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

ver.di OV Saar-Blies und Kooperationspartner
Anmeldung ab sofort möglich bei Michael@Quetting.de

Nächstes Ziel

Unser Redakteur Michael Quetting schreibt seit seinem Renteneintritt jedes Quartal seine Gedanken auf der Ruhebänk nieder. Jetzt im Winter heißt seine Kolumne „Russland nächstes Ziel“. Hier der Text.

Er ist der Generalsekretär der Nato und heißt Mark Rutte. Er meint, der Russe kommt, denn „wir sind Russlands nächstes Ziel“. Und er beschreibt ein Weltkriegsszenario „wie es unsere Großeltern und Urgroßeltern erlebt haben“. Wie war das bei den Großeltern und Urgroßeltern?

Beim Weltkrieg Nr. 1 hieß es, Deutschland sei bedroht und wir müssten unsere Heimat verteidigen. Beim Weltkrieg Nr. 2 ging es um „Lebensraum im Osten“ und beim Unternehmen Barbarossa um die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ und Unterwerfung sowie Dezimierung der slawischen Bevölkerung. Die Opfer und das Ergebnis sind bekannt.

Deutschland und die EU stecken ökonomisch in einer bedrohlichen Krise, die USA beschreiben in ihrer Sicherheitsstrategie Europa als ein Kontinent, der sich im wirtschaftlichen Niedergang befindet. Um davon abzulenken, meint unsere Regierung auf Rüstungskeynesianismus zur Krisenbewältigung setzen zu müssen. Eine atemberaubende Aufrüstung sowie die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist in Gang. Die Bundesregierung strebt wieder einmal Großmachtstatus an. Bundeskanzler Friedrich Merz möchte die „stärkste konventionelle Armee Europas“ haben.

Dabei hat jener Rutte erst kürzlich deutlich gemacht, dass die NATO Russland militärisch weit überlegen sei. Fragt sich, warum sollte der Russe ein überlegenes Militärbündnis angreifen? Gerade der Krieg in der Ukraine zeigt doch eklatant die Schwächen des russischen Militärs. Dieses Militär soll in allen zentralen militärischen Bereichen um die Drei- bis Siebenfache überlegene NATO angreifen?

Am 22. Juni 2026 jährt sich zum 85. Mal der Kriegsbeginn Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion. Bis Kriegsende verloren auf sowjetischer Seite insgesamt bis zu 27 Millionen Menschen ihr Leben, davon knapp die Hälfte Soldaten. Auf deutscher Seite kamen im gesamten Zweiten Weltkrieg zwischen sechs und sieben Millionen Menschen um. Kann man da nicht verstehen, dass man in Russland Angst vor „dem Westen“ hat von wo sie stets angegriffen wurden?

Dazu kommt, dass das „Feindbild Russland“ es unmöglich macht, in globalen Fragen wie Klimaschutz mit dem größten Flächenland der Erde zu kooperieren. Mit dieser Politik wird sich die ökologische Katastrophe nicht aufhalten lassen.



Wehrpflicht und Aufrüstung. Verteufeln des Gegners. Der Krieg wird offen vorbereitet. Es spricht recht wenig dafür, dass wir nach einem Weltkrieg Nr. 3 noch existieren werden.

Erst einmal geht es sozial und demokratisch an unsere Rechte., denn die Milliarden für die Vernichtung müssen ja aufgetrieben werden und so wird man an der Daseinsvorsorge sparen und wieder wird es heißen: Kanonen statt Butter.

Was tun?

Da jetzt ja die Tage wieder heller werden, bleibt doch der Optimismus, ewig kann nicht Winter sein. Wir wollen mit langem Atem nicht nachlassen und für den Frieden werben, denn Kriegsangst und Bombenterror, Sozialabbau und Umbau der Wirtschaft auf Kriegsproduktion, dürfen keine Alternative sein.

Wir sind dazu verpflichtet. Lest mal den Artikel 26 im Grundgesetz.

Quelle: <https://Quetting.de>

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt; christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf